

Thema: „Wasser marsch! – Die flutartige Privatisierung von Wasser“ (WMO)

Die Generalversammlung,

bekräftigend, dass Wasser ein fundamentales Menschenrecht ist und als öffentliches Gut betrachtet werden muss, unterstützt von der UN-Generalversammlung Resolution 64/292,

zur Kenntnis nehmend, dass in vielen Ländern die Notwendigkeit besteht, verschiedene Arten von Wasser, wie Grundwasser, Betriebswasser und Meerwasser, aufzubereiten, um daraus Trinkwasser zu gewinnen,

bestürzt darüber, dass ärmere Bevölkerungsschichten sich Wasser nicht mehr leisten können und ihnen so der Zugang zu Wasser erschwert wird,

aner kennend, dass die Privatisierung von Wasserversorgungssystemen in einigen Fällen zu Effizienzsteigerung führt, aber gleichzeitig auch Risiken wie Preissteigerungen und Zugangsbeschränkungen aufgrund des Strebens nach Gewinnmaximierung birgt,

alarmiert durch die globale Wasserknappheit und die wachsenden Herausforderungen im Bereich der Wasserwirtschaft,

beunruhigt über die Auswirkungen der zunehmenden Verschmutzung des Trinkwassers auf die Gesundheit der Menschen, verstärkt durch die stetig zunehmenden Umweltkatastrophen,

feststellend, dass die Wasser- und Bewässerungsinfrastrukturen in vielen Ländern zu veraltet, nicht ausreichend genug ausgebaut und zu porös sind, um die Bevölkerung in angemessener Qualität und Menge zu versorgen,

höchst besorgt über den sinkenden Grundwasserspiegel, verursacht durch das exzessive Abpumpen des Grundwassers von Großkonzernen,

1. *betont* die Wichtigkeit, dass alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen den Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung als fundamentales Menschenrecht anerkannt haben,
2. *ersucht* die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zu einer Kooperation mit dem Ziel einer Förderung innovativer und nachhaltiger Technologien zur Wasseraufbereitung und dessen Verteilung, um die langfristige Verfügbarkeit von Wasser, welche im Einklang mit den Menschenrechten und den nachhaltigen Entwicklungszielen der UN steht, zu sichern,
3. *plädiert* für einen Fonds mit dem Namen UN Global Water Security Fund UNGWSF, der von den Vereinten Nationen durch die UN-Water verwaltet und regelmäßig kontrolliert wird,
 - a. welcher wohlhabende sowie krisenanfällige Länder in Wassernotstand, durch Leistungen verschiedenster Form unterstützt,
 - b. in welchen die Mitgliedsstaaten einen Betrag einzahlen, welcher sich an dem BIP pro Kopf bemisst
 - c. bei dessen Veruntreuung Strafen folgen,

4. *verlangt* einen von den jeweiligen Nationen abhängigen, variierenden und von den Vereinten Nationen errechneten Preisdeckel, der einen maximalen Preis für Trinkwasser sowie Betriebswasser vorschreibt, an welchen sich Unternehmen halten müssen,
5. *legt nahe*, dass ein reguliertes Modell, welches sowohl Investitionen in die Wasserinfrastruktur als auch einen gerechten Zugang für alle Bürger sicherstellt, entstehen soll
 - a. unter Berücksichtigung eines klaren und transparenten Regulierungsrahmens, der die Preispolitik und die Grundversorgung gewährleistet,
 - b. welches ermöglicht, die Effizienzsteigerungen zu maximieren und gleichzeitig Preissteigerungen, sowie Zugangsbeschränkungen zu minimieren,
6. *schlägt* vor öffentlich-privaten Partnerschaften als strategischen Ansatz in Betracht zu ziehen,
 - a. um eine effiziente Verwaltung der Wasserversorgung zu gewährleisten, während öffentliche Interessen gewahrt bleiben,
 - b. um sicherzustellen, dass die Interessen der Nutzer vertreten sind und dass der Zugang zu Wasser für alle gewährleistet wird,
7. *bekräftigt*, dass die Verschwendung des Wassers in verschiedenen Wirtschaftssektoren, besonders im Agrarsektor, durch Ausbau und Verbesserung der Wasserinfrastrukturen, minimiert werden muss
8. *ermutigt* zum Ausbau von Trinkwasser- und Kläranlagen, um beispielsweise die Ausbreitung bakterieller Krankheiten auf globaler Ebene, sowie Migration in Industriestaaten aufgrund unattraktiver Lebensstandards zu verhindern,
9. *verlangt* eine international vereinbarte Regelung hinsichtlich des Abpumpens von Grundwasser, um eine Ausbeutung dessen zu unterbinden,
10. *ersucht*, dass ein verpflichtender Grundwasserschutz eingeführt wird, insbesondere für Großkonzerne, die in hohem Maße Wasser entnehmen, um den Erhalt des Wasserhaushaltes zu gewährleisten,
11. *beschließt*, mit dieser Angelegenheit befasst zu bleiben.

Äthiopien: Yes, Bahamas: Yes, Bolivien: Yes , Chile: Yes, Dominica: Yes, Frankreich: Yes, Griechenland:Yes , Indonesien Yes, Island Yes, Kamerun Yes, Kanada Yes, Pakistan Yes , Peru Yes, Samoa Yes, São Tomé und Príncipe Yes, Saudi-Arabien No, UK Yes, Uruguay: Abstain

In Favour: 16

Against: 1

Absention: 1